**Ausarbeitung für das Protokoll der 32. Ausschusssitzung des FA Atomanlagen und öffentliche Sicherheit** **vom 9.12.2015**
gemäß der Bitte von Herrn Elsner

Zu TOP 2 **Vortrag von Herrn Reinhard Ueberhorst zu dem Thema
„Demokratische Atommüllpolitik – was wäre das?“**

Vorsitzender KTA Donat begrüßte Herrn Ueberhorst undbat ihn um seinen Vortrag.

Weil er sich in der zur Verfügung stehenden Zeit auf ausgewählte Fragen und Gedanken konzentrieren müsse, gab Herr Ueberhorst einleitend Hinweise auf zwei ausführlichere Publikationen zum Thema seines Vortrags und des größeren Zusammenhangs einer Gestaltung demokratischer Prozesse zu komplexen, technologisch geprägten Themen. Er übergab die längere Ausarbeitung zum Thema „Demo­kratische Atommüllpolitik – was wäre das?“, erschienen in Plate, Georg (Hg.): Forschung für die Wirtschaft, Göttingen 2015 und das von ihm zusammen mit Tom R. Burns geschriebene Buch „Creative Democracy. Systematic Conflict Resolution and Policymaking in a World of High Science and Technology“, New York 1988, an den Vor­sitzenden des Ausschusses zum Verbleib im Landkreis.

Zum Vortrag schickte Herr Ueberhorst voraus, dass er sich vorrangig an der Aufgabe orientie­ren wolle, vor der Kommunalpolitiker in Regionen stünden, in denen in absehbarer Zeit über- und später untertägige Erkundungen gemäß den Empfehlungen der derzeit arbeiten­den StandAG-Kommission anstehen könnten, wenn der Bundestag diese Empfehlungen vor der nächsten Bundestagswahl übernehme und anschließend Ämter mit ihnen arbeiteten. Seinen ca. einstündigen Vortrag strukturierte Herr Ueberhorst in vier Teile:

I. Zum Verständnis der umfassenden Entwicklungsaufgabe, vor der wir in Deutschland seit den 1970er Jahren stünden, nachdem insbesondere durch Bürgerfragen und -proteste weithin erkennbar geworden war, dass eine technokratische geprägte Planung von Atomanlagen immer weniger Akzeptanz fand, bei vielen Bürgerinnen und Bürgern und ihren Abgeordneten.

II. Was sind die essenziellen Prinzipien einer demokratischen Atommüllpolitik?

III. Wie ist das StandAG und die Arbeit der StandAG-Kommission im Lichte dieser Prinzipien zu verstehen und zu bewerten?

IV. Was wollen/können wir als Kommunalpolitiker/innen tun? Wie verhalten wir uns zu dem erkennbaren Widerspruch zwischen essenziellen Prinzipien einer demokratischen Atommüllpolitik und dem, was wir im Vollzug des StandAG mit dem Arbeitsprozess der Kommission und ihren Empfehlungen bekommen haben bzw. bekommen könnten, wenn die Empfehlungen so ausfallen und im Deutschen Bundestag beschlossen werden, wie es sich derzeit abzeichnet?

Mit der Sequenz dieser vier Teilthemen sollte für das Gespräch im Kreistag/in der Wendland-Region eine Fragestellung deutlich werden, die sich in diesen Jahren in allen Regionen stellt bzw. stellen wird, wo mit den Empfehlungen der StandAG-Kommission und deren Aufnahme durch den Deutschen Bundestag standortbezogene Prüfprozesse (obertägig, später untertägig) anstehen könnten. An diesen Orten und in diesen Regionen sei durch entsprechende Prozesse der Willensbildung zu verdeutlichen,

- ob standortbezogene Prüfprozesse für konkrete Orte akzeptiert werden könnten, wenn sie auf eng geführte Abwägungsprozesse zurückzuführen ist, in denen die Erarbeitung alternativer Optionen zum Umgang mit hoch radioaktiven Atommüll und deren gesellschaftliche Diskussion und Bewertung versäumt wurden. Es gehe dann darum, mit einer Situation umzugehen, in der es auf die schlichte Frage „Warum so und warum hier?“ keine rational begründete und demokratisch legitimierte Antwort gebe.

- wie solche standortbezogenen Prüfprozesse im Lichte essenzieller Prinzipien einer demokratischen Atommüllpolitik zu prüfen sind. Mit diesen Kriterien könnte nichts akzeptiert werden, was auf eng geführte Abwägungsprozesse zurückzuführen ist, in denen die Erarbeitung alternativer Optionen und deren gesellschaftliche Diskussion und Bewertung versäumt wurden.

- Wer eine eng geführte Vorgehensweise akzeptierte, die die Erarbeitung von Alternativen und die gesellschaftliche Diskussion vermeide, könne jeden angestrebten standortbezogenen Prüfprozess immer nur immanent in einem vorgegebenen Endlagerkonzept prüfen und auch nur im Bezugsystem dieses Konzepts Einreden einbringen.

- Mit anderen Einwendungen würde man sich dem Vorwurf aussetzen, eine schlicht egoistische Hier-nicht-Haltung einzunehmen. Da letzteres aus Sicht des Referenten zu vermeiden ist, sind frühzeitig die Argumente zu entwickeln, mit denen auch an potenziellen Prüfstandorten essenzielle Kriterien einer demokratischen Atommüllpolitik als Maßstab verdeutlicht werden, wenn es um die Frage gehe, an geplanten, von der Bundespolitik her angestrebten Prüfprozessen vor Ort mitzuwirken oder diese verantwortungsvoll und rational begründet abzulehnen.

**Zu I:** Die Ausführungen zu I beruhten auf einem historischen Befund zur Geschichte der Kernenergieentwicklung und einer historischen Reflexion der „Ära der Ökologie“ (Radkau 2011).

Der historische Befund lautet, dass die Kernenergieentwicklung in der Bundesrepublik „bis weit in die 70er Jahre geflissentlich als Nicht-Politikum, als durch Sach-Rationalität bestimmtes Feld und als reine Angelegenheit der Experten präsentiert zu werden (pflegte)“. Quelle: Radkau, J.: Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945-1975. Verdrängte Alternativen in der Kerntechnik und der Ursprung der nuklearen Kontroverse. Reinbek, 1983, S.14.

Die historische Reflexion der Ära der Ökologie, die ab 1970 beginne, führe zu der Einsicht, dass ein neues Verständnis aufgabengerechter demokratischer Politikfähigkeit zu einem neuen kooperativen und diskursiven Politikstil führen müsse (vgl. Die Zwischenbetrachtung zur Essenz von Umweltproblemen (Radkau 2011, S. 391 ff). Es geht damit um einen neuen modus operandi der politischen Praxis, um neue kooperative Denk- und Politikformen, die Gedanken, Wissen und Akteure kreativ besser zusammenführen.

Die aktuelle Auseinandersetzung über den richtigen Weg im Umgang mit atommüllpolitischen Herausforderungen ist Teil der größeren, die wir in der „Ära der Ökologie“ seit vielen Jahrzehnten zur Entwicklung unserer demokratischen gesellschaftlichen Politikfähigkeit führen und führen müssen. Führen müssen, weil demokratische Politikfähigkeit für Themen, in denen es aus ethischen und/oder praktischen Gründen um große Verständigungserfolge für eine breit getragene längerfristige Orientierung geht – wie zu lernen ist – nur mit einer neu entwickelten gesellschaftlichen Politikfähigkeit und nicht im ancien régime einer reinen Politikerpolitik zu gewinnen ist.

Im Rückblick auf seine eigenen Erfahrungen als Bundestagsabgeordneter, Initiator und Vor­sitzender der ersten energiepolitischen Enquete-Kommission mit dem Namen „Zukünftige Kernenergie-Politik“ illustrierte der Referent die Herausforderung, aus der technokratischen, expertendominierten Denkweise herauszukommen und insbesondere Alternativen in öffentli­cher und parlamentarischer Diskussion politisch bewertbar zu machen. Eine demokratische Politikfähigkeit im Umgang mit komplexen Technologien müsse seitdem entwickelt und er­lernt werden – immer im Gegensatz zum technokratischen Denken, was nicht von heute auf morgen schlicht überwunden werden könne.

Dieses Verständnis sei wichtig, weil die demokratische Atommüllpolitik kein isoliertes, einmaliges Thema sei, bei dem darum gehe, eine aufgabengerechte demokratische Vorgehensweise zu entwickelt und dabei essenzielle Aspekte zu beachten. Herr Ueberhorst wollte insbesondere verdeutlichen, warum es für eine gelingende parlamentarische Beratung und Entschei­dungsfindung immer stärker darauf ankomme, die öffentliche Diskussion qualifiziert vorzubereiten, weil sonst die richtigen Fragestellungen für öffentliche und parlamentarische Beratungen nicht gefunden würden.

**Zu II:** Mit einer demokratischen Atommüllpolitik geht es im Kern darum

1. die gesellschaftlichen Verständigungsaufgaben herauszuarbeiten, die gesellschaftlich geklärt werden müssen, wenn es möglich sein soll, eine breite gesellschaftliche Verstän­digung zu erreichen (oder im Jargon der StandAG-Politiker einen „nationalen Konsens“).
2. breite, informierte, gesellschaftliche Diskussionsprozesse durchzuführen, um Verständi­gungserfolge zu erzielen (oder, so diese verfehlt werden, sich nicht vorwerfen (lassen) zu müssen, es nicht versucht zu haben). Mit den Ergebnissen dieser gesellschaftlichen Dis­kussionsprozesse sind dann
3. politische Entscheidungen zum Umgang mit dem hoch radioaktiven Atommüll herbeizu­führen und umzusetzen.

Die essenziellen Prinzipien gut strukturierter Prozesse der demokratischen Atommüllpolitik lauten als Maximen formuliert:

* keine (parlamentarischen oder plebiszitären) Entscheidungen (= Phase III) ohne vorherge­hende, qualifiziert beförderte und gut ausgewertete gesellschaftliche Diskurse,
* keine gesellschaftlichen Diskurse ohne intensive Vorbereitung im Sinne der Erarbeitung und Vermittlung von Fragestellungen, Themen, Optionen, Werte- und Dissens-Wissen, Verständigungsaufgaben (= Phase I),
* prioritäre Anstrengungen zur Interpretation der Herausforderungen und zur Ermittlung gesellschaftlicher Bewertungs- und Verständigungsaufgaben und optimaler Vorausset­zungen, diese Aufgaben einer Klärung durch kommunikative Prozesse (= Phase II) zuzu­führen.

Ein Grundprinzip der demokratischen Politik sollte sein, dass keine parlamentarische Entscheidung ohne breite öffentliche Diskussion und keine öffentliche Diskussion ohne eine entsprechende Aufklärung über die politischen Optionen und ihre Implikationen erfolgen. Die Parlamentarier sollen sich an den Ergebnissen eines gesellschaftlichen Diskurses orientieren wollen und orientieren können. Dafür müssten sie freilich qualifiziert angestrebt und erreicht werden.

Für die erste Phase zur Beförderung einer qualifizierten Diskussion seien sechs Arbeitsfelder zu verstehen und zu bearbeiten. In dieser Phase I zielt eine demokratische Atommüllpolitik durch vielfältige Kooperationen auf:

1. ein möglichst weithin wahrgenommenes Bild der Herausforderungen – also mit einer Wahrnehmung nicht nur durch die Sehschlitze bestimmter Positionen.
2. ein möglichst weithin geteiltes Verständnis der komplexen Alternativen, die politisch zu beurteilen sind.
3. ein möglichst weithin geteiltes Verständnis der Ziele / Werte /Kriterien, die uns orientie­ren können, wenn wir die vorzugswürdige Vorgehensweise ermitteln und verfolgen wollen und
4. ein möglichst weithin geteiltes Verständnis der Dissense, also ein Wissen darüber, wa­rum wir zu kontroversen Beurteilungen kommen, wen wir z. B. technische Barrieren ge­gen Vertrauen in Überwachungsmaßnahmen oder Prognosen von Geologen über Hun­derttausende von Jahren in ihrer Vertrauenswürdigkeit beurteilen wollen.
5. Mit den Ergebnissen dieser vier zielorientierten Arbeitsprozesse verbessern wir unser SEHEN und können – orientiert am 5. Leistungsziel – Verständigungsaufgaben ausarbei­ten. Also Antworten auf die Frage: Worüber ist eine Verständigung anzustreben?
6. Für die angestrebten öffentlichen Diskussionsprozesse sind innovative Verfahren zu entwi­ckeln.

**Zu III:** Das StandAG sei dadurch geprägt, dass in den Gesetzentwurf nachträglich durch Initia­tiven der neuen niedersächsischen Landesregierung eine „Kommission Lagerung hoch radio­aktiver Abfallstoffe“ mit bestimmten Aufgaben und Terminvorgaben in das Gesetz aufge­nommen wurde. Diese Kommission habe nun einige Quartale gearbeitet und in den ersten Monaten nicht die Möglichkeit genutzt, im Sinne der essenziellen Prinzipien einer demokratischen Atommüllpolitik eine Gesetzesänderung zu empfehlen und herbeizuführen.

Über den An­spruch einer aufgeklärten gesellschaftlichen Willensbildung zu alternativen Optionen sei in der Kommission nie erkennbar nachgedacht worden. Statt die Termin- und Aufgabenvorgaben des Gesetzes mit den Kriterien und Prinzipien einer demokratischen Atommüllpolitik zu evaluieren, habe sich die Kommission durch die Termin- und Aufgabenvorgaben des Geset­zes orientieren lassen. Sie habe sich dadurch selbst in den Zwang gebracht, eine simulierte gesellschaftliche Verständigung anzustreben.

Das Projekt der simulierten gesellschaftlichen Verständigung der StandAG-Kommission hat seine spezifische Logik, ausgehend von vorgegebenen Aufgabenverständnissen und Terminen und dem richti­gen Ziel eines „nationalen Konsenses“:

* Wer 2016 eine alternativlose Empfehlung zum Umgang mit dem hoch radioaktiven Atom­müll liefern will, muss auf die seriöse Ausarbeitung und politische Thematisierung beratungsbedürftiger Alternativen verzichten, weil sie in dem vorgegebenen Zeitraum nicht gut aufbereitet, geschweige denn gesellschaftlich angemessen beraten und so weit wie möglich konsensual geklärt werden können.
* Wer auf die Ausarbeitung und Thematisierung von alternativen Optionen verzichten muss, muss eine gesellschaftliche Kommunikation zur gesellschaftlichen Willensbildung vermeiden.
* Wer eine gesellschaftliche politische Willensbildung vermeiden muss und gleichzeitig einen „nationalen Konsens“ präsentieren will, muss versuchen, erfolgreiche gesellschaft­liche Verständigungsprozesse zu simulieren.

Die StandAG-Kommission werde auf diesem Wege zum größten Anti-Konsensprojekt in der Geschichte der Atommüllpolitik in Deutschland. Es habe auch früher so genannte Entsorgungsprojekte ohne Konsensorientierung und Konsenschancen gegeben. Das jetzige sei aber in Kenntnis der gescheiterten Vorgehensweisen der Vergangenheit und der essenziellen Prinzipien einer demokratischen Atommüllpolitik auf diesen Weg gebracht worden und werde in Kenntnis dieser Umstände betrieben; daraus folge das besonders kritische Urteil.

**Zu IV:** Als Schlüsselproblem für alle Gemeinden und Regionen, in denen mit Ergebnissen dieser Kommission und ihrer denkbaren Übernahme durch den Deutschen Bundestag Standort­prüfprozesse angestrebt werden, stelle sich die Frage, wie Kommunalpolitiker darauf reagie­ren. Wo immer obertägig oder untertägig mit den von der StandAG-Kommission entwickel­ten und vom Bundestag übernommenen Kriterien eine Aktivität entfaltet wird, werden die Bürgerinnen und Bürger zu Recht fragen „Warum so und warum hier?“. Damit fragen sie nach der Qualität des Prozesses, mit dem eine dieser Standort für diese mögliche technische Option mit diesen Prüfkriterien gewählt wurde. Von dieser berechtigten Frage her sei alles zu denken.

Die zentrale Frage in diesen Regionen laute dann: was hätte in diesem Prozess

* thematisiert,
* erkundet,
* bedacht,
* erforscht,
* ausgearbeitet,
* für demokratische Prozesse allgemeinverständlich aufbereitet und
* in der Gesellschaft diskutiert und
* mit erreichten Verständigungserfolgen dann in demokratisch legitimierten Entscheidun­gen festgelegt worden sein müssen,

um mit dem Anspruch auftreten zu können, als rationaler demokratischer Prozess mit seinen Ergebnissen auch vor Ort akzeptiert werden zu können?

Herr Ueberhorst erklärte: Aus seiner Sicht müsse niemand an einem potenziellen Standort für eine potenzielle Anlage irgendetwas akzeptieren, wenn es auf einen Prozess zurückzuführen sei, in dem essenzielle Prinzipien einer rationalen und demokratischen Atommüllpolitik verletzt wurden.

Verletzt würden diese Prinzipien insbesondere,

* wenn die alternativen Optionen zum Umgang mit Atommüll nicht seriös herausgearbei­tet und einer gesellschaftlichen Bewertung und Willensbildung zugeführt werden und
* wenn zentrale staatliche Entscheidungen herbeigeführt werden, ohne dass wir einen breiten gesellschaftlichen Diskussionsprozess zu diesen Verständigungsaufgaben geführt haben können.

Beides sei leider mit dem Arbeitsprozess der StandAGKommission als gegeben zur Kenntnis zu nehmen.

Für den Landkreis regte Herr Ueberhorst als Fazit an, sich rechtzeitig auf eine Argumenta­tion mit diesen Prinzipien vorzubereiten – auch in Kooperation mit anderen als Standortregionen adressierbaren Regionen. Im Wendland sei über die Jahrzehnte eine ganz besondere Qualifikation zur Refle­xion und Vermittlung dieser Thematik erreicht worden.

Dann Diskussion …

Streichen der Aussage „Herr Ueberhorst bezeichnete die Technokratie nicht als „kleines Gespenst“ …

Falls hier etwas stehen soll, wäre zu schreiben:

Herr Ueberhorst wies eindringlich darauf hin, dass eine Technokratie als Politikersatz kein kleines Problem sei, sozusagen kein „kleines Gespenst“, das schnell und leicht zu vertreiben sei. Es gehe mit der Überwindung technokratischer Denkweisen um eine große kulturelle Entwicklungsaufgabe, mit deren Bewältigung sich entscheiden werde, ob im Umgang mit komplexen technologisch und wissenschaftlich geprägten politischen Themen eine aufgabengerechte demokratische Politikfähigkeit angestrebt werde.

…

…

…

Als Fazit fasst Herr Ueberhorst die Diskussion so zusammen, dass die regionale Intelligenz, die im Wendland über viele Jahre entwickelt worden wäre, auch für andere Regionen hilfreich sei, wenn demnächst an diversen Orten Standortprüfprozesse angestrebt würden. Seine Ausführungen mögen als Zustimmung zu den Erwägungen aufgenommen werden, in Workshops und anderen geeigneten Arbeitsformen im Wendland die rationale Argumentation zur Kritik der Verletzung essenzieller Prinzipien einer demokratischen Atommüllpolitik zu erarbeiten, die überall gebraucht werde, wo in naher Zeit Standortprüfprozesse verfolgt würden, ohne dass dies rational begründet werden könnte.